

Mag. Norbert Totschnig, MSc
Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft,
Regionen und Wasserwirtschaft

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.812.757

Ihr Zeichen: BKA - PDion
(PDion)16847/J-NR/2023

Wien, 10. Jänner 2024

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mario Lindner, Kolleginnen und Kollegen haben am 10. November 2023 unter der Nr. **16847/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Menschenrechtsschutz in Österreich - Lehren aus dem UPR-Midterm-Report 2023“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 6:

- Ist Ihrem Ressort der UPR-Midterm-Report 2023 bekannt?
- Welche konkreten Schlüsse zieht Ihr Ressort aus dem UPR-Midterm-Report 2023?
- Welche konkreten Maßnahmen sind seitens Ihres Ressorts bis zum Ende der Legislaturperiode zur Umsetzung der im UPR-Midterm-Report 2023 aufgeschlüsselten Maßnahmen zum besseren Schutz der Menschenrechte in Österreich geplant? Bitte um detaillierte Auflistung.
- Welche budgetären Mittel sind seitens Ihres Ressorts bis zum Ende der Legislaturperiode zur Umsetzung der im UPR-Midterm-Report 2023 ausgeschlüsselten Maßnahmen zum besseren Schutz der Menschenrechte in Österreich vorgesehen? Bitte um detaillierte Aufschlüsselung.

- Welche Stelle(n) in Ihrem Ressort ist/sind mit Menschenrechtsfragen befasst?
- Welche Vorarbeiten wurden in Ihrem Ressort hinsichtlich der jeweiligen ressortinternen Maßnahmen für den, im Regierungsprogramm angekündigten, Nationalen Aktionsplan für Menschenrechte bereits geleistet?

Im Hinblick auf die Fragen 1 bis 4 darf auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 16840/J vom 10. November 2023 durch den Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten verwiesen werden.

Im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft ist die Menschenrechtskoordination, welcher der UPR-Midterm-Report 2023 im Oktober 2023 zur Kenntnis gebracht wurde, in der Zentralen Anlaufstelle für Gender Mainstreaming, Gleichbehandlung, Menschenrechte und Integration eingerichtet.

Die im UPR-Midterm-Report 2023 genannten Empfehlungen betreffen das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft und seinen Vollziehungsbereich nicht direkt. Allerdings ist es, wie auch alle anderen Bundesministerien, verpflichtet, aktiv den Menschenrechtsschutz in Österreich zu unterstützen. Innerhalb des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft werden daher unter anderem dahingehende bewusstseinsbildende Maßnahmen (Veranstaltungen, Informationsmaterial, Filmvorführungen) für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umgesetzt.

Mag. Norbert Totschnig, MSc

